

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Christian Grascha (FDP)

Hat das Innenministerium verschwundene VS-Akten verschwiegen? Teil 5

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Christian Grascha (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 26.09.2019

Auf die Anfrage von Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion „Aktenführung im Geschäftsbereich des MI“ antwortete die Landesregierung auf die Frage, ob es derzeit eingestufte Akten im Geschäftsbereich des MI gebe, deren Verbleib unklar sei oder die seit mehr als einem Monat im Aktenbestand fehlten, dass ausschließlich das Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI) den unklaren Verbleib eines Dokuments gemeldet habe. Bei dem betreffenden Dokument handele es sich um eine durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) übersandte Ausgabe des periodischen Informationsschreibens „BfV-aktuell“ (Drs. 18/4280). „Weitergehende Erkenntnisse zu einem ungeklärten Verbleib eingestufter Akten konnten im Rahmen der kurzfristigen Erhebung nicht erlangt werden. Im Ministerium selbst liegen Hinweise auf das Fehlen von eingestuftem Dokumenten nicht vor“ (Drs. 18/4280).

In einem Artikel vom 26.09.2019 von Dirk Maxeiner auf der Internetseite www.achgut.com wird nun berichtet, dass die Geheimschutzbeauftragte bei der Polizeidirektion Hannover bereits eine Woche vor Beantwortung der Anfrage offenbar zu anderen Ergebnissen gekommen sei. „Diesen Verdacht legen Unterlagen und Informationen nahe, die Achgut.com aus mehreren Quellen vorliegen, darunter eine Aufstellung von verschwundenen Verschluss- beziehungsweise Geheimakten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion werden darin über 80 - in Worten achtzig - hochsensible Akten (VS-Akten) als vermisst gemeldet. Dazu heißt es: ‚Es ist denkbar, dass ... eine kürzere Aufbewahrungsdauer festgelegt wurde, sie ordnungsgemäß vernichtet wurden und dass nur der entsprechende Vermerk (‚Vernichtungsverhandlung‘) nicht mehr auffindbar ist. Eine sichere Aussage darüber ist jedoch nicht möglich.“ (https://www.achgut.com/artikel/die_verschluss_sache_boris-pistorius).

Laut dem betreffenden Artikel seien diese Informationen am 24.07.2019 intern zur Beantwortung der Kleinen Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion kommuniziert worden.

1. Wer war innerhalb der Staatskanzlei in die Beantwortung der Anfrage eingebunden?
2. Wann hat der Ministerpräsident davon Kenntnis erlangt, dass es über die in der Antwort zu der Anfrage genannten Sachverhalte weitere Fälle gab (verschwundene VS-Akten)?
3. Was hat die Staatskanzlei nach Bekanntwerden dieses Sachverhaltes unternommen?